

Hauptamt
Geschäftsstelle Gemeinderat
Kanzleistraße 13 - 15

Ansprechpartnerin
Antonie Langemann

Tel. (07531) 900-684
Fax (07531) 900-12684
LangemannA@stadt.konstanz.de

unser Zeichen
ns100712.doc

Datum: 17.07.2012

Niederschrift Nr. 4

über die öffentliche Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses
am 10.07.2012 von 16.00 Uhr – 17.50 Uhr
im Ratssaal Konstanz, Kanzleistraße 15

Inhaltsverzeichnis

1. Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
2. Annahme von Spenden und Zuwendungen gem. § 78 Abs. IV GemO
3. Finanzbericht zum 2. Quartal 2012
4. Erster doppischer Jahresabschluss 2011 und endgültige Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011
hier: Terminplanung
5. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Erneuerungsbudget der Straßenbeleuchtung
6. Organisationsuntersuchung im Bereich Altenhilfe / Pflegestützpunkt
Antrag Stellenvermehrung
7. Ausbau Schulsozialarbeit
8. Neubau Kinderhaus Dorothea von der Flüe
– Tauschvertrag mit der Katholischen Kirchengemeinde Bruder Klaus
9. Planung und Entwicklung der Gemeinschaftsschule Gebhard mit 3-fach Sport-
halle auf dem Gelände der ehemaligen Pestalozzischule
- Planungsbeschluss

10. **Baugebiet Schmidtenbühl-Nord - Verkauf des Bauplatzes für eine Doppelhaus-
hälfte Flst. Nr. 1893 an die Fa. Hallma GmbH, Konstanz**
11. **Städtisches Gebäude Hafenstr. 14,
- Vermietung an den Eisenbahnersportverein e.V.**
12. **Verlängerung der Öffnungszeiten der städtischen Toilettenanlagen und Neubau
einer Toilette an der Seestraße
- Antrag der FWG-Fraktion vom 27.02.2012
- Antrag der FGL-Fraktion vom 09.12.2011**
13. **Zuschuss für die Ersatzbeschaffung eines Bootes der DLRG-Konstanz
- Antrag der DLRG OG Konstanz e.V. vom 20.03.2012 und
Antrag der UFG-Fraktion vom 23.03.2012**
14. **Anfragen der Gemeinderäte**
15. **Informationen der Verwaltung**

Zu der heutigen Sitzung wurde mit Schreiben vom 29.06.2012 unter Übersendung der Tagesordnung eingeladen.

Anwesend sind:

Oberbürgermeister Horst Frank (Vorsitzender)
 Bürgermeister Claus Boldt
 Bürgermeister Kurt Werner

	<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter/in</u>
FGL	StR'in Biskup StR Beyer-Köhler StR'in Dreßen ab 16.15 Uhr StR'in Dr. Jacobs-Krahn	StR Müller-Neff bis 16.15 Uhr
CDU	StR Müller-Fehrenbach StR Ellegast	StR Fecker
SPD	StR'in Binder StR Leipold	
FWG	StR'in Weiner StR Faden	
FDP	StR'in Dr. Wolf	
UFG	StR Prof. Dr. Roth	

Der Haupt- und Finanzausschuss ist damit beschlussfähig.

Entschuldigt fehlen:

StR Tscheulin (CDU)

Als Gäste anwesende Stadträte:

StR'in Hemm (LLK)

StR Wiedemann (UFG) ab 17.05 Uhr

Ferner sind anwesend:

Frau Bossi (PRF)
Herr Dr. Rügert (PRR)
Herr Schaal (WF)
Frau Albrecht (CGS)
Herr Bunten (HA)
Herr Thöni (HA) bis 17.05 Uhr
Herr Rohloff (KÄ)
Herr Frank (KÄ)
Herr Hackel (KÄ) ab 16.10 Uhr bis 16.40 Uhr
Frau Löhr (JUS)
Herr Fischer (BA) bis 17.15 Uhr
Herr Traber (PA)
Herr Knoblauch (RPA)
Frau Seifried (SJA)
Herr Dr. Geiger (SpA+BGK) ab 17.25 Uhr
Herr Bopp (BVA)
Frau Trummer (BVA) ab 16.25 Uhr
Herr Stegmann (HLA)
Herr Sigg (HLA)
Frau Schwytz (HLA)
Herr Baier (HA)

Protokoll- und Sitzungsdienst:

Frau Langemann (HA)
Frau Riedmann (HA)

Herr OB Frank eröffnet die öffentliche Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Für die Unterzeichnung der Niederschrift bestimmt er Herrn StR Müller-Fehrenbach (CDU) und Herrn StR Prof. Dr. Roth (UFG).

1.		Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
----	--	--

Frau Riedmann (HA/GGR) gibt bekannt:

In der letzten nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 15.05.2012 wurden folgende Beschlüsse gefasst: Der Haupt- und Finanzausschuss erklärte den Verzicht auf Erhebung von Gewerbesteuer in einem Einzelfall.

2.	HFA 2012-018	Annahme von Spenden und Zuwendungen gem. § 78 Abs. IV GemO
----	---------------------	---

Es wird festgestellt, dass kein Mitglied des Gremiums an der Beratung und Beschlussfassung teilnimmt, das im Sinne des §18 Gemeindeordnung Baden-Württemberg befangen ist.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Annahme der in der Sitzungsvorlage aufgelisteten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gem. § 78 IV GemO.

Die Einzelaufstellung der eingegangenen Spenden ist der Sitzungsvorlage als nichtöffentliche Anlage beigelegt.

➔ **Abstimmungsergebnis:** **13 Ja**
 0 Nein
 0 Enthaltungen
 (13 Stimmberechtigte)

3.	HFA 2012-052	Finanzbericht zum 2. Quartal 2012
----	---------------------	--

Es wird festgestellt, dass kein Mitglied des Gremiums an der Beratung und Beschlussfassung teilnimmt, das im Sinne des §18 Gemeindeordnung Baden-Württemberg befangen ist.

Herr OB Frank geht in seiner Vorrede auf die Ausgabendisziplin in den Jahren 2010 und 2011 ein, die sich als richtig erwiesen habe und ein Auffüllen der Rücklage ermögliche. Solide Haushaltsführung sei wichtig, um Spielräume zu schaffen und zu erhalten. Im nächsten Doppelhaushalt kämen gewaltige Vorhaben auf die Stadt zu. Er nennt die Gemeinschaftsschule (20 Mio. €) und die Bahnunterführung (zw. 12 und 20 Mio. €). Straßenbau und –unterhalt seien zu Gunsten der Ausgaben bei den Schulen und Kindergärten zurückgestellt worden. Der Rechtsanspruch der Betreuung der unter 3-Jährigen komme auf die Stadt zu. Er weist auf die zusätzlichen Personalkosten durch Stellenausweitungen in Millionenhöhe hin und bittet, bei den heute anstehenden Entscheidungen über Stellenvermehrungen zu bedenken, dass man diese im Rahmen der Beratungen des nächsten Doppelhaushalts mit dem Gesamtüberblick treffen sollte. Er weist auf die unsichere Wirtschaftssituation hin und dass 2013 ein erheblicher Teil der Gewerbesteuer wegfallen und rät abschließend, im Gemeinderat die entsprechende Vorsicht und Disziplin walten zu lassen.

Herr Rohloff (KÄ) erläutert den 2. Quartalsbericht 2012 und gibt einen Rückblick auf die Amtszeit von Herrn OB Frank. *(Seine Ausführungen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt).*

Frau StR'in Biskup (FGL) dankt für den übersichtlichen Bericht. Die Finanzlage sei besser als erhofft und die Rücklagen würden etwas mehr Sicherheit für die ungewisse Zukunftssituation mit enormen Ausgabesummen geben.

Herr StR Leopold (SPD) hebt hervor, die Basis der Gewerbesteuer habe sich durch eine Fülle von kleinen und mittleren Betrieben verbreitert und bilde ein gutes Fundament. Der Quartalsbe-

richt zeige, dass man mit Gelassenheit an den nächsten Haushalt gehen könne. Er appelliert jedoch für Ausgabendisziplin.

Herr StR Müller-Fehrenbach (CDU) merkt zu den Ausführungen von Herrn Rohloff (KÄ) an, zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik gehöre auch der Gemeinderat. Den Städten in Baden-Württemberg gehe es derzeit gut. Auch Konstanz erhole sich und könne eine beachtliche Rücklage anlegen, um damit auch die sozialen und pädagogischen Schwerpunkte der nächsten Jahre erfüllen zu können. Man befinde sich in einer wichtigen Konsolidierungsphase und müsse mit Nüchternheit und Augenmaß entscheiden, was geschultert werden könne und was man zurückstellen müsse. Zum Investitionshaushalt merkt er an, die Investitionen würden sicherlich nicht in vollem Umfang realisiert werden können, darüber müsse im Herbst entschieden werden. Mit dem heutigen Quartalsbericht könne man zufrieden sein, das Haushaltsjahr 2012 finde einen guten Abschluss und biete dem Nachfolger/der Nachfolgerin eine gute Basis für die weitere Gestaltung.

Herr StR Faden (FWG) führt aus, angesichts des Quartalsberichts könne man gelassener in die Zukunft blicken, auch dank der guten Gewerbesteuererinnahmen. Er schlägt vor, einen Teil des Überhangs (20 Mio. €) als Ansparung für die zwei großen Projekte (Gemeinschaftsschule und Bahnhof) zu reservieren. Desweiteren sei Ausgabedisziplin gefordert. Die Folgekosten von Investitionen würden den Haushalt über Jahre belasten.

Herr StR Prof. Dr. Roth (UFG) fragt, ob es nicht sinnvoll wäre, einen Teil des Überschusses anstatt für die Erhöhung der Rücklage für eine schnellere Rückführung der Schulden zu verwenden.

Dazu erklärt **Herr Rohloff (KÄ)**, aktuell stehe man durch die Tilgungsleistung bei 28 Mio. €. Es gebe noch einen Haushaltseinnahmerest von 2 Mio. €. Ihm als Kämmerer käme es entgegen, wenn man diesen am Jahresende nicht aufnehmen würde. Die 2 Mio. € würden dann an Rücklage nicht mehr zur Verfügung stehen und die Investitionsfreudigkeit hemmen.

Herr OB Frank fügt hinzu, darüber könne man am Jahresende beschließen. Dazu müsse das „Gesamtableau“ mit der weiteren Wirtschaftsentwicklung und der Zinssituation berücksichtigt werden. Wäre man in einem Fall gezwungen, einen Haushaltsausgleich vorzunehmen, würde es schwer fallen, mit einer entsprechenden Verschuldung eine Genehmigung zu bekommen. Dagegen könne man über die Rücklagen selbst verfügen und erhalte sich damit den eigenen Spielraum.

Frau StR'in Dr. Wolf (FDP) dankt für den Bericht. Zwei Aussagen würden jedoch die Freude trüben: 1., dass in der Mai-Steuerschätzung kein Risikoabschlag für die Gesamtsituation (Staatsschuldenkrise) enthalten sei, dies halte sie für sehr blauäugig. 2., dass die Angaben zur Gewerbesteuer (5,5 Mio. €) noch nicht belastbar seien. Sie fragt, ob dies nur eine Schätzung sei. Vor diesem Hintergrund halte sie das Auffüllen der Rücklage und die Nettoneuverschuldung für richtig. Vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise halte sie eine Schuldentilgung nicht für sinnvoll. Sie fragt zu den relativ hohen Außenständen der Eigenbetriebe an, wie dort das Forderungsmanagement aussehe und ob nicht die Möglichkeit bestünde, Abschläge zu nehmen.

Herr Rohloff (KÄ) erklärt zur Gewerbesteuer, unter dem Gesichtspunkt des Steuergeheimnisses müsse er hier mit Aussagen vorsichtig sein. Die Größenordnung von 5 bis 6 Mio. € lasse sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht genauer verifizieren. Zu den Außenständen der Eigenbetriebe (i.d.R. Müllgebühren) teilt er mit, man habe über das Mahnverfahren die Fälle um 1.500 gesenkt und arbeite mit der Vollstreckung daran weiter. Die Stadtkasse gehe bestimmt, aber mit der notwendigen Sensibilität auf die Schuldner zu und biete Zahlungsvereinbarungen an.

Herr OB Frank dankt Herrn Rohloff (KÄ) und den Mitarbeitern/innen der Kämmerei. Nur mit zeitnahen Informationen könne der Gemeinderat rechtzeitig steuern. Mit den Quartalsberichten

und dem Beteiligungscontrolling habe man einen hohen Standard. Er bedankt sich auch für die persönlichen Worte.

4.	HFA 2012-056	Erster doppischer Jahresabschluss 2011 und endgültige Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011 hier: Terminplanung
----	--------------	--

Es wird festgestellt, dass kein Mitglied des Gremiums an der Beratung und Beschlussfassung teilnimmt, das im Sinne des §18 Gemeindeordnung Baden-Württemberg befangen ist.

Herr Rohloff (KÄ) informiert, der endgültige Jahresabschluss könne erst erstellt werden, wenn die Eröffnungsbilanz fertig gestellt sei. Herr Frank (KÄ) habe sich dieses Themas angenommen, sodass man Ende Juli die Unterlagen für die Eröffnungsbilanz fertig habe. Diese würde dann dem Rechnungsprüfungsamt zugeleitet und danach der Gemeindeprüfungsanstalt vorgelegt. Der Rechenschaftsbericht 2011 könne erst im nächsten Jahr fertig gestellt werden, was allein dem Umstand der Eröffnungsbilanz geschuldet sei. Er betont, diese ohne externe Hilfe zu erstellen, sei eine enorm umfangreiche Arbeit, die die Mitarbeiter sehr fordere.

5.	HFA 2012-068	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Erneuerungsbudget der Straßenbeleuchtung
----	--------------	---

Es wird festgestellt, dass kein Mitglied des Gremiums an der Beratung und Beschlussfassung teilnimmt, das im Sinne des §18 Gemeindeordnung Baden-Württemberg befangen ist.

Der Haupt- und Finanzausschuss genehmigt gem. § 84 GemO in Verbindung mit Zi. 9 der Tabelle zu § 5 der Hauptsatzung im Haushalt 2012 auf der Kst. 5410 025000 und dem Sachkonto 42120125 (Straßenbeleuchtung - Erneuerungsbudget) überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 150.000 €.

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen auf der Kostenstelle 6110 005100 Sachkonto 43720010 (Kreisumlage) in Höhe von 150.000 €

→ **Abstimmungsergebnis:** **14 Ja**
 0 Nein
 0 Enthaltungen
 (14 Stimmberechtigte)

6.	SozA 2012-163 HFA 2012-069	Organisationsuntersuchung im Bereich Altenhilfe / Pflegestützpunkt Antrag Stellenvermehrung <i>Dieser Punkt wurde am 24.04.2012 im Sozialausschuss vorberaten.</i>
----	---	--

Es wird festgestellt, dass kein Mitglied des Gremiums an der Beratung und Beschlussfassung teilnimmt, das im Sinne des §18 Gemeindeordnung Baden-Württemberg befangen ist.

Herr OB Frank empfiehlt, über die Stellenvermehrung erst im Rahmen des Doppelhaushalts endgültig zu entscheiden.

Herr BM Boldt weist darauf hin, wie bei allen Stellenvermehrungen sei das Hauptamt gebeten worden, die Organisationsuntersuchung vorzunehmen. Weiche man von dem Ergebnis der Untersuchung ab, schaffe man einen Präzedenzfall. Abweichend vom Beschluss des Sozialausschusses schlage die Verwaltung vor, dem Ergebnis der Untersuchung aus Prinzip zu folgen und nur um eine 0,25-Stelle aufzustocken. Wenn das Ergebnis einer Untersuchung schlüssig sei, solle man sich daran halten.

Herr Bunten (HA) führt aus, seit 1973 würden kontinuierliche Personalbedarfsbemessungen gemacht, die Grundlage für den Stellenbedarf und für die Personalminderausgaben seien. Die Personalbedarfsmessungen seien vom Ergebnis her als optimal zu bewerten, weil alle Eventualitäten mit eingerechnet würden und die Ergebnisse mit den Mitarbeitern und dem jeweiligen

Amtsleiter abgestimmt seien. Eine Erhöhung nach dem Beschluss des Sozialausschusses müsse man in Relation sehen, in diesem Fall wäre sie das Doppelte des ermittelten Bedarfs. Er plädiert dafür, sich an den tatsächlichen Stellenbedarf zu halten.

Herr StR Beyer-Köhler (FGL) erwidert, bei der Diskussion im Sozialausschuss habe sich herausgestellt, dass der Bedarf vorhanden sei und der demographische Wandel ein großes „Mehr“ an Aufgaben dazu gebracht habe. Er wiederholt den Antrag, den er im Sozialausschuss gestellt hat, abweichend von der Einschätzung der Verwaltung ab sofort schon eine 0,5-Stelle zu schaffen.

Herr StR Müller-Fehrenbach (CDU) bringt vor, der Zuschuss vom Landkreis fließe ja bereits, man solle nicht auf „Prinzipien reiten“, sondern die Stelle sofort schaffen. Seine Fraktion stimme der 0,5-Stelle zu.

Frau StR'in Dreßen (FGL) möchte wissen, ob die Verlagerung einer 0,25-Stelle an den Telefonischer Kundenservice (TKS) schon konkret abgesprochen worden sei und ob dies eine sinnvolle Lösung wäre.

Frau Seifried (SJA) stellt dar, mit dem TKS sei gesprochen worden und diese könnten die Beantwortung von einfachen Anfragen zur Altenhilfe übernehmen. Bei den vermehrt auftretenden Fragen im Bereich der Pflege sei eine Beratung notwendig und die TKS damit überfordert. Sie gibt zu bedenken, die Stadt sei in einen Vertrag mit den Pflegekassen eingestiegen und bekomme 20.000 € für die neuen Aufgaben des Pflegestützpunktes, die mit dem gleichen Personal erfüllt würden.

Herr Bunten (HA) argumentiert, die gesamte Altenhilfe sei eine freiwillige Aufgabe und werde mit 1,75 Stellen und jährlich rd. 100.000 € erfüllt. Den Zuschuss von 20.000 € müsse man abziehen, dann bleibe für diese freiwillige Aufgabe immer noch ein nicht unerheblicher Aufwand. Zum TKS erklärt er, alle Anrufe bei der Zentrale der Stadt würden beim TKS landen und von dort vermittelt. Es sei keinesfalls daran gedacht, dass der TKS eine umfassende Beratung leiste. Man wolle mit dieser Maßnahme nur das Problem lösen, dass die beiden Mitarbeiter bei der Altenhilfe fast nie erreichbar seien. Vorgespräche mit den Stadtwerken hätten stattgefunden, über Preise sei noch nicht gesprochen worden.

Frau StR'in Binder (SPD) bringt vor, es gebe auch bei anderen Bereichen (z. Bsp. Bürgeramt) Bedarf. Sie folge dem Vorschlag der Verwaltung, zumal kein Zweifel an der Richtigkeit der Organisationsuntersuchung des Hauptamtes bestehe.

Frau StR'in Hemm (LLK) erinnert an die Diskussion im Sozialausschuss, bei der der Bedarf ganz deutlich geworden sei. Sie plädiert für eine 0,5-Stelle.

Herr StR Beyer-Köhler (FGL) streicht heraus, es bestehe Bedarf für eine qualifizierte Fachberatung, nicht für allgemeine Telefonauskünfte.

Herr StR Ellegast (CDU) macht klar, da die Stadt sich grundsätzlich für den Weg einer Strukturuntersuchung bei allen Ämtern entschieden habe, solle man auch diesen Fall so handhaben.

Frau StR'in Biskup (FGL) erklärt, sie sei im Zwiespalt. Einerseits müsse man, wenn eine Organisationsuntersuchung stattgefunden habe, das Ergebnis auch tragen. Andererseits müsse, wenn eine neue Aufgabe dazukomme und für diese ein Zuschuss fließe, dieser Zuschuss auch weitergegeben werden. Sie schlägt als Kompromiss vor, mit sofortiger Wirkung die 0,25-Stelle zu schaffen und den Antrag auf eine 0,5-Stelle ab dem nächsten Jahr bei den Haushaltsberatungen zu diskutieren.

Herr OB Frank lässt abstimmen über den weitestgehenden Antrag von Herrn StR Beyer-Köhler (FGL):

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat die Schaffung einer zusätzlichen **0,5-Stelle** im Bereich Altenhilfe / Pflegestützpunkt, entsprechend dem Empfehlungsbeschluss des Sozialausschusses.

➔ **Abstimmungsergebnis:** **4 Ja**
 9 Nein
 1 Enthaltung
 (14 Stimmberechtigte) ➔ Antrag abgelehnt

Abstimmung über den Antrag von Frau StR'in Biskup (FGL):

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, **ab sofort um eine 0,25-Stelle** aufzustocken, und über weitere 0,25 bei den Haushaltsberatungen des Doppelhaushalts zu entscheiden.

➔ **Abstimmungsergebnis:** **11 Ja**
 3 Nein
 0 Enthaltungen
 (14 Stimmberechtigte) ➔ Antrag angenommen

7.	JHA 2012-226 HFA 2012-048	Ausbau Schulsozialarbeit <i>Dieser Punkt wurde am 24.04.2012 im Jugendhilfeausschuss vorberaten.</i>
-----------	--	--

Es wird festgestellt, dass kein Mitglied des Gremiums an der Beratung und Beschlussfassung teilnimmt, das im Sinne des §18 Gemeindeordnung Baden-Württemberg befangen ist.

Herr OB Frank bringt als Gegenrede zum Beschluss des Jugendhilfeausschusses vor, aus Sicht der Verwaltung solle die Entscheidung erst im Rahmen des Doppelhaushalts getroffen werden.

Herr Traber (PA) weist ergänzend darauf hin, der Haushalt solle mit Augenmaß gefahren werden. Die Mehrausgaben im Haushalt 2013 lägen allein im Bereich des Personaletats bei 2,685 Mio. €. Hier würden unter anderem die 5,35 Stellen mit rd. 200.000 € für die Schulsozialarbeit anfallen. Man könne sich nicht darauf verlassen, dass die Zuschüsse des Landes langfristig erhalten bleiben. Er empfiehlt, über diese Stellen in der gesamten Diskussion aller Stellen zu entscheiden. Er weist darauf hin, es bestünden auch berechnete Stellenforderungen aus anderen Bereichen (Bsp. Bürgerbüro, Ortspolizei). Die Kosten dieser Stellen würden den Handlungsspielraum beim Doppelhaushalt für andere sinnvolle Stellenvermehrungen deutlich einschränken.

Herr StR Beyer-Köhler (FGL) erwidert, diese Bedenken habe man bei der Diskussion im Jugendhilfeausschuss einfließen lassen, man sei jedoch der Meinung, die Schulsozialarbeit solle im September 2012 starten. Bei den Zuschüssen der Landesregierung wolle er nicht mit einem Rückschritt rechnen. Zudem würden die Schulen darauf warten und dürften nicht verprellt werden.

Frau StR'in Weiner (FWG) erklärt, sie stehe voll hinter der Schulsozialarbeit. Sie gibt zu bedenken, wenn man diese Prävention bei den Jugendlichen betreibe, brauche man keine Aufstockung bei der Ortspolizei.

Diesen Zusammenhang herzustellen, erachten **Herr OB Frank** und **Herr Traber (PA)** als nicht belegbar.

Herr StR Leibold (SPD) hat keine Bedenken wegen der Landeszuschüsse. Aber er erinnert, dass man über Stellenvermehrungen stets nur im Rahmen der Haushaltsberatungen entscheiden habe. Dies sei als eigene Schutzmaßnahme so eingeführt worden, um eine zeitliche Chancengleichheit zu gewährleisten. Er sei in der Sache klar für die Maßnahme des Ausbaus der Schulsozialarbeit. Trotzdem habe er Bedenken, weil er darin im Vergleich zur vorigen Abstimmung (TOP 6) einen Präzedenzfall sehe.

Herr StR Müller-Fehrenbach (CDU) argumentiert, dies sei eine Frage der Glaubwürdigkeit. Der Gemeinderat habe sich bereits beim letzten Haushalt zu seinen sozialen und pädagogischen Verpflichtungen bekannt, habe dies aber finanziell nicht schultern können. Jetzt seien erhebliche Finanzhilfen entsprechend dem Kreisbeschluss zugesagt und die Stadt müsse ihre Zusagen den Schulen, Eltern und Partnern gegenüber einhalten. Soziale Hilfen, die man rechtzeitig gebe, seien für die Gesellschaft wichtig, gut angelegt und letztendlich auch wirtschaftlich.

Frau StR'in Binder (SPD) sieht hier keinen Präzedenzfall, weil dies kein spontaner Wunsch sei, sondern die Planungen, Untersuchungen und Absprachen über die Ausbaustufen etc. würden seit Jahren vorberaten. Da jetzt das Land die Zuschüsse gebe, solle dies konsequenterweise sofort und außerhalb des Haushaltsplanes umgesetzt werden.

Dieses Argument gelte für viele andere Stellen in anderen Bereichen auch, entgegnet **Herr OB Frank** und führt dann die Abstimmung über die Punkte einzeln durch:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergabe der Schulsozialarbeit an freie Träger auszu-schreiben. Interessierte freie Träger sollen gegenüber dem Sozial- und Jugendamt der In-teressen-Bekundung ein Konzept für die jeweilige Stelle beilegen. Die Verwaltung wird die eingesandten Konzepte fachlich sondieren und entsprechende Empfehlungen zur Vergabe im Rahmen der Haushaltsberatungen dem Gemeinderat zum Beschluss vorlegen.

➔ **Abstimmungsergebnis:** **11 Ja**
 1 Nein
 2 Enthaltungen
 (14 Stimmberechtigte)

Abstimmung über die Punkte 2. und 3. (analog des Empfehlungsbeschlusses aus dem Jugendhilfeausschuss) mit dem Hinweis von **Herrn BM Boldt**, die Stelle werde schnellstmöglich be-
 setzt, ob dies zum 01.09. gelinge, sei eher unwahrscheinlich.

2. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die Erweiterung der Schulsozialarbeit in den Phasen 3 und 4 um insgesamt 5,35 Stellen **möglichst ab dem 01.09.2012** zu beschließen.
3. Die in 2012 benötigten Mehrausgaben in Höhe von ca. 50.000 € werden überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Wenigerausgaben bei der Kreisumlage.

➔ **Abstimmungsergebnis:** **10 Ja**
 2 Nein
 2 Enthaltungen
 (14 Stimmberechtigte)

8.	HFA 2012-051	Neubau Kinderhaus Dorothea von der Flüe – Tauschvertrag mit der Katholischen Kirchengemeinde Bruder Klaus
-----------	---------------------	--

Herr StR Fecker (CDU) nimmt wegen Befangenheit gemäß §18 Gemeindeordnung Baden-Württemberg an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem TOP nicht teil.

1. Der Haupt- u. Finanzausschuss stimmt dem Verkauf des städt. Grundstücks Flst. Nr. 1743/93 mit 1.450 m², sowie einer Teilfläche mit ca. 52 m² des städt. Flst. Nr. 1743/95 zum Gesamtkaufpreis von insgesamt 202.770 € an die Katholische Kirchengemeinde Bruder Klaus zu, mit der Maßgabe, dass der bestehende Kindergarten Dorothea v. der Flüe umgehend durch einen Neubau auf dem neugebildeten Grundstück ersetzt wird. Die Betriebs-

trägerschaft für den neuen Kindergarten übernimmt, wie bisher, die Kirchengemeinde zu den üblichen Konditionen.

2. Der Haupt- u. Finanzausschuss stimmt dem Ankauf einer noch zu vermessenden Teilfläche des kircheneigenen Grundstücks, Flst. Nr. 1743/94 mit ca. 1007 m² einschließlich der dort aufstehenden Gebäude zu einem Gesamtaufpreis von 224.030 € für Zwecke eines Familien- und Stadtteilzentrums im bestehenden alten Kindergartengebäude zu.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Tauschgeschäft gem. Zif. 1 und 2 zwischen der Kath. Kirchengemeinde Bruder Klaus und der Stadt Konstanz zu den in der Sitzungsvorlage genannten wesentlichen Bedingungen auf Grundlage des der Sitzungsvorlage als Anlage 5 beigefügten Vertragsentwurfs abzuschließen. Bei der Kaufabwicklung (Zif. 1 und 2) entsteht ein Aufgeld zu Lasten der Stadt in Höhe von ca. 21.260 €.
4. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Abschluss eines Pachtvertrages mit der Spitalstiftung Konstanz über die Anpachtung einer ca. 1.200 m² großen Grundstücksfläche des spitälischen Flst. Nr. 1743/91 für Zwecke eines neuen öffentlichen Spielplatzes als Ersatz für den bisherigen öffentlichen Spielplatz auf dem Grundstück Flst. Nr. 1743/93 zu.

➔ **Abstimmungsergebnis:** **13 Ja**
 0 Nein
 0 Enthaltungen
 (13 Stimmberechtigte)

9.	TUA 2012-053 HFA 2012-108	<p>Planung und Entwicklung der Gemeinschaftsschule Gebhard mit 3-fach Sporthalle auf dem Gelände der ehemaligen Pestalozzischule - Planungsbeschluss</p> <p><i>Dieser Punkt wurde am 21.06.2012 in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schulen, Bildung, Wissenschaft und Sport und des Technischen und Umweltausschusses vorberaten.</i></p>
-----------	--	--

Es wird festgestellt, dass kein Mitglied des Gremiums an der Beratung und Beschlussfassung teilnimmt, das im Sinne des §18 Gemeindeordnung Baden-Württemberg befangen ist.

Herr StR Faden (FWG) teilt mit, er halte das alte Gebäude nicht für erhaltenswürdig. Seiner Meinung nach solle auf dieses verzichtet werden und frei von irgendwelchen Vorgaben eine vernünftige neue Planung erfolgen.

Dem widerspricht **Herr OB Frank**. Er halte eine Überprüfung durchaus für sinnvoll, und sollte das Gebäude erhaltenswert sein, sei es im Sinne eines sparsamen Ressourceneinsatzes nicht gerechtfertigt, in einen Wettbewerbsprozess zu gehen, der vorgebe, das alte Gebäude abzureißen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat den Planungsbeschluss für die Errichtung einer neuen 4-zügigen Gemeinschaftsschule mit einer angegliederten Dreifachsporthalle auf dem Gelände der ehemaligen Pestalozzischule. Fertigstellung des Gesamtprojektes zum Beginn des Schuljahres 2016/17.

Es wird ein einstufiger beschränkt offener Realisierungswettbewerb mit Ideenteil für die Freiflächen gemäß den Grundsätzen wie in der Vorlage beschrieben – vorbehaltlich der Finanzierung des Gesamtprojektes im städtischen Haushalt 2013 ff. - ausgelobt.

Die Gesamtprojektkosten gemäß der Kostenschätzung vom 30.05.2012 in Höhe von brutto 20,5 Mio. Euro werden in die Haushaltplanungen 2013 bis 2016 aufgenommen.

➔ **Abstimmungsergebnis:** **14 Ja**
 0 Nein
 0 Enthaltungen
 (14 Stimmberechtigte)

10.	HFA 2012-057 OR-De 2012-009	Baugebiet Schmidtenbühl-Nord - Verkauf des Bauplatzes für eine Doppelhaushälfte Flst. Nr. 1893 an die Fa. Hallma GmbH, Konstanz <i>Dieser Punkt wurde im Ortschaftsrat Dettingen-Wallhausen am 27.06.2012 vorgeberaten.</i>
------------	--	---

Es wird festgestellt, dass kein Mitglied des Gremiums an der Beratung und Beschlussfassung teilnimmt, das im Sinne des §18 Gemeindeordnung Baden-Württemberg befangen ist.

1. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt im Interesse der Verwirklichung eines Doppelhausprojektes einer einzelfallbezogenen Abweichung von den Vergabekriterien im Baugebiet Schmidtenbühl-Nord in Dettingen zu.
2. Die Zustimmung zur Veräußerung des städt. Grundstücks, Flst. Nr. 1893 mit 239 m² (Bauplatz für eine Doppelhaushälfte) an die Fa. Hallma GmbH, Konstanz wird erteilt.

➔ **Abstimmungsergebnis:** **14 Ja**
 0 Nein
 0 Enthaltungen
 (14 Stimmberechtigte)

11.	HFA 2012-053	Städtisches Gebäude Hafenstr. 14, - Vermietung an den Eisenbahnersportverein e.V.
------------	---------------------	--

Es wird festgestellt, dass kein Mitglied des Gremiums an der Beratung und Beschlussfassung teilnimmt, das im Sinne des §18 Gemeindeordnung Baden-Württemberg befangen ist.

Herr StR Faden (FWG) regt an, die Stadt solle versuchen, dass die Zollabfertigung, die sich ebenfalls in diesem Gebäude befindet, an den Hauptzoll verlegt werde, um eine Entlastung des Hafengebietes zu erreichen. Er fragt, wie lange der Mietvertrag mit dem Zollamt noch laufe.

Herr Sigg (HLA) erklärt, die Verlagerung des Binnenzollamtes auf das Döbele sei bereits im Technischen und Umweltausschuss diskutiert worden. Die Stadt habe diverse Vorschläge gemacht, der Bund wolle jedoch kein Geld für eine Verlagerung aufbringen, weil der Fortbestand der Dienststelle in Konstanz fraglich sei. Der Mietvertrag enthalte kurzfristige Kündigungsfristen, die Frage sei aber, wo man die Zollabfertigung anderenorts unterbringe.

Herr OB Frank sagt zu, dass Herr Sigg (HLA) nochmals verhandle.

Frau StR'in Binder (SPD) bringt vor, sie wundere sich über die Behandlung im HFA. Es gehe hier um Sportförderung, deshalb müsse dies im Ausschuss für Schulen, Bildung, Wissenschaft und Sport (ASBWS) behandelt werden.

Herr Sigg (HLA) teilt mit, in einer der letzten Sitzungen des ASBWS sei informiert worden, die Stadt sei mit dem Eisenbahnersportverein e.V. (ESV) einig über den Vertrag, der mit dem Sportamt und dem Stadtsportverband abgestimmt sei. Der Vertragsabschluss liege in der Zuständigkeit des HFA.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem der Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügten Mietvertrag zwischen der Stadt Konstanz und dem Eisenbahner-Sportverein Konstanz e.V. (ESV) zu. Die Verwaltung wird beauftragt, den Mietvertrag abzuschließen.

➔ **Abstimmungsergebnis:** **11 Ja**
 0 Nein
 2 Enthaltungen
 (13 Stimmberechtigte)

12.	GR 2012-046 HFA 2012-050 HFA 2012-066	Verlängerung der Öffnungszeiten der städtischen Toilettenanlagen und Neubau einer Toilette an der Seestraße - Antrag der FWG-Fraktion vom 27.02.2012 - Antrag der FGL-Fraktion vom 09.12.2011 <i>Dieser Punkt wurde am 03.05.2012 im Gemeinderat vorberaten.</i>
-----	--	--

Es wird festgestellt, dass kein Mitglied des Gremiums an der Beratung und Beschlussfassung teilnimmt, das im Sinne des §18 Gemeindeordnung Baden-Württemberg befangen ist.

Herr StR Fecker (CDU) spricht die Bahnhofstoiletten an, die bereits um 20 Uhr geschlossen würden und in schlechtem Zustand seien. Die Verwaltung möge sich bei der Deutschen Bahn dafür einsetzen, dass diese länger geöffnet werden und eine Sanierung erfolge.

Herr OB Frank sagt zu, Herr BM Werner werde die Anregung in die Bahnhofsverhandlungen mit der DB aufnehmen.

Zu Punkt 3 des Beschlussantrags weist **Herr StR Müller-Fehrenbach (CDU)** hin, im Bereich Schänzle sei der Bau einer Toilettenanlage dringend notwendig. Darüber müsse bei der Haushaltsberatung diskutiert werden.

Zur Formulierung des Beschlussantrags in der Sitzungsvorlage stellt **Herr OB Frank** klar, Punkt 3 und 4 seien zur Vorberaterung für den Gemeinderat. Der HFA beschließe abschließend nur die Öffnungszeiten (Punkt 1).

1. Die Öffnungszeiten der städtischen Toilettenanlagen werden wie in Anlage 2 der Sitzungsvorlage dargestellt festgelegt. Die Zusatzkosten für die Reinigung in Höhe von jährlich 3.500,- Euro werden ab 2013 in den städtischen Haushalt eingestellt. 2012 werden die evtl. erforderlichen Mittel über das Budget der Toilettenanlagen abgedeckt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept die „Nette Toilette“ auf den Bereich der Seestraße, der Schänzle Halle und Great Lakes zu erweitern. Mit den einzelnen Gastronomen werden Gespräche geführt und hierüber wird zeitnah im Gremium berichtet.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat:

3. Im Bereich Schänzle bzw. Brückenkopf Nord wird der Bau einer Toilettenanlage als mittelfristiges Planungsziel festgeschrieben und Bestandteil der Konzeption zur Parkpalette.
4. Im Bereich der Seestraße wird in Kooperation mit einem Werbepartner eine selbstreinigende und behindertengerechte Toilettenanlage errichtet. Den Großteil der Investitionskosten und der Bauunterhaltskosten trägt der Kooperationspartner. Der Vertrag läuft 10-15 Jahre. Die baulichen Vorleistungen der Stadt in Höhe von brutto 10.000,- Euro werden überplanmäßig im städtischen Haushalt 2012/2013 finanziert. Fertigstellung Frühjahr 2013. Der HFA beauftragt die Verwaltung, den entsprechenden Vertrag mit dem Werbeunternehmen abzuschließen.
5. Die Deckung der 10.000,- Euro erfolgt über Mehreinnahmen der Gewerbesteuer.

➔ **Abstimmungsergebnis:** **12 Ja**
 0 Nein
 1 Enthaltung
 (13 Stimmberechtigte)

13.	HFA 2012-071 HFA 2012-037 HFA 2012-064	Zuschuss für die Ersatzbeschaffung eines Bootes der DLRG-Konstanz - Antrag der DLRG OG Konstanz e.V. vom 20.03.2012 und Antrag der UFG-Fraktion vom 23.03.2012 <i>Dieser Punkt wurde am 19.04.2012 im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten.</i>
-----	---	--

Es wird festgestellt, dass kein Mitglied des Gremiums an der Beratung und Beschlussfassung teilnimmt, das im Sinne des §18 Gemeindeordnung Baden-Württemberg befangen ist.

Herr StR Beyer-Köhler (FGL) moniert, in dem Vorschlag fehle ihm die Beteiligung des Landkreises, der ebenso Nutznießer sei wie die Stadt. In der Vergangenheit sei es üblich gewesen, dass der Landkreis sich auch beteilige. Er schlägt vor, einen erneuten Antrag beim Kreisrat einzubringen, diesen abzuwarten und den Zuschuss der Stadt vorbehaltlich einer Beteiligung des Landkreises zuzusagen.

Herr BM Boldt weist auf das Zeitproblem hin, die DLRG wolle jetzt beschaffen, und nicht im Herbst, wenn der Kreisrat entschieden habe.

Herr OB Frank schlägt vor, in die Beschlussfassung aufzunehmen, dass die DLRG beim Kreis eine Anfrage stelle und dass im Falle eines Zuschusses des Kreises eine Rückzahlungsverpflichtung für den Zuschuss der Stadt bestehe.

Herr StR Leipold (SPD) ist mit dieser Behandlung des Antrags nicht einverstanden. Er erinnert daran, in der letzten Sitzung des HFA sei der klare Auftrag an die Verwaltung gegangen, sich mit dem Land und dem Landkreis bezüglich Zuschussmöglichkeiten in Verbindung zu setzen. Dies sei offenbar nicht geschehen.

Herr StR Faden (FWG) führt aus, es stehe außer Frage, dass die Stadt Konstanz sich an der Finanzierung eines Rettungsbootes beteilige. Die Stadt solle aber darauf beharren, dass der Landkreis seiner Verpflichtung nachkomme und einen angemessenen finanziellen Beitrag leiste, zumal er durch den See auch einen wirtschaftlichen Vorteil habe.

Den Ausführungen der Vorredner schließt sich **Frau StR'in Dr. Wolf (FDP)** an. Die wasserrettungsdienstliche Aufgabe komme dem Landkreis und der Stadt zu, deshalb sehe sie den finanziellen Anteil des Landkreises als zu gering an.

Herr OB Frank fasst zusammen, Herr BM Boldt werde mit dem Landrat sprechen, dann werde es im Kreistag einen fraktionsübergreifenden Antrag für eine entsprechende Bezuschussung geben.

Herr StR Beyer-Köhler (FGL) gibt zu bedenken, man habe immer wieder über Beschaffungszuschüsse zu entscheiden, man solle hier keinen Präzedenzfall schaffen. Der Antrag im Kreistag solle gestellt werden, ansonsten sei eine Bezuschussung schwierig.

Herr StR Leipold (SPD) verlangt, es solle ermittelt werden, wie dies bei den anderen Seeanliegern gehandhabt werde. Ein Zuschussantrag im Kreistag führe zu nichts, wenn man keine Belege vorlege.

Herr BM Boldt erklärt, die Stadt habe mit dem Landrat gesprochen, doch dieser habe eine Zuschussgewährung abgelehnt. Mit dem Land habe die DLRG verhandelt, deren Auftrag es letztlich auch sei, die Gelder zu beschaffen.

Herr StR Prof. Dr. Roth (UFG) erinnert an die Vorgeschichte des Falles. Die Angelegenheit müsse nun geklärt werden, man könne die DLRG nicht länger warten lassen.

Bezüglich dieses Vorgangs habe es im Finanz- und Verwaltungsausschuss des Landkreises keinerlei Vorlage gegeben, teilt **Herr StR Beyer-Köhler (FGL)** mit.

Frau StR'in Binder (SPD) schließt sich Herrn StR Leipold (SPD) an. Es sei ärgerlich, dass seitens der Verwaltung so wenig unternommen worden sei. Dies ändere aber nichts am Zeitdruck und an der grundsätzlichen Bereitschaft, das Boot mitzufinanzieren.

Sie schlägt vor, in den Beschlussantrag mit aufzunehmen, die Verwaltung solle als Grundlage für künftige Anschaffungen überprüfen, wie dies in den anderen Anliegerländern des Sees gehandhabt werde. Im Übrigen falle ihr eine Beurteilung der Notwendigkeit der Anschaffung schwer, weil es keine Möglichkeit einer Untersuchung gebe. Auch deshalb wären weitere Anhaltspunkte über den Bestand am See hilfreich.

Abschließend sagt **Herr OB Frank** zu, Herr BM Boldt bringe die Handhabung und die Finanzierung anderer Orte am See in Erfahrung und gehe wegen der Bezuschussung nochmals auf den Landrat zu.

Diese Zusagen sind Bestandteil des nachfolgenden Beschlussantrags.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einen Zuschuss an die DLRG Konstanz in Höhe von 39.000 € für die Ersatzanschaffung eines Rettungsbootes. Die Deckung dieser außerplanmäßigen Mehrausgabe erfolgt durch Wenigerausgaben bei der Kreisumlage.

→ **Abstimmungsergebnis:** **11 Ja**
 0 Nein
 3 Enthaltungen
 (14 Stimmberechtigte)

14.	Anfragen der Gemeinderäte
------------	----------------------------------

- **Frau StR'in Dr. Jacobs-Krahen (FGL)** regt bezüglich der aktuellen Diskussionen über den Datenschutz an, die Stadt solle die Bürger aktiv über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe der eigenen Daten informieren. Zudem bittet sie um Information in einer der nächsten Sitzungen, welche Daten die Stadt weitergebe und welche Einnahmen dadurch erzielt würden.
Herr OB Frank räumt ein, zunächst müsse nachgefragt werden, was nach dem alten Meldegesetz überhaupt möglich sei.
- **Herr StR Leipold (SPD)** spricht die Livestream-Übertragung der letzten Gemeinderatssitzung an. Es habe durchaus Interessenten gegeben, doch die Begeisterung halte sich in Grenzen, weil die Übertragungspausen zu lang gewesen seien. Er regt an, die Tagesordnung so zu gestalten, dass die übertragbaren TOPs nacheinander kommen. Auch müsse bei der Übertragung deutlich gemacht werden, um was es gerade gehe. Er betont, dies sei noch ein Versuch, seine Anregungen seien keine Kritik.
Herr OB Frank gibt Auskunft, die nächste Livestream-Übertragung finde bei der Sitzung am 19.07.2012 statt. Herr Bunten (HA) sei dabei abzuklären, wie ohne lange Unterbrechungen am Stück übertragen werden könne.

15.	Informationen der Verwaltung
------------	-------------------------------------

- **Herr OB Frank** informiert zur Synagoge, der Oberrat habe einen Planungsstopp verhängt und lasse die vorgelegte Planung erst überprüfen. Der Oberrat habe auch beschlossen, al-

ternative Standorte in Konstanz zu suchen. Er habe dies den Medien entnommen und sei erst danach und nicht vollständig darüber informiert worden.

- Zur Volkshochschule teilt **Herr BM Boldt** mit, der GPA-Bericht werde für die Sitzung des Gemeinderates am 19.07.2012 zur Verfügung gestellt. Ebenso der vorläufige Abschluss 2011, der unter Vorbehalt stehe, weil im Hinblick auf die Nichtaufhebung des Sperrvermerks der Fortbestand der VHS momentan problematisch sei. Die Aufhebung des Sperrvermerks müsse in der Sitzung nächste Woche besprochen werden. Es stelle sich aber die Frage, ob im Hinblick auf die umfangreiche Tagesordnung das Thema GPA-Bericht behandelt werden könne oder auf den Herbst verschoben werden soll.

Frau StR'in Binder (SPD) möchte, dass der Punkt behandelt wird. Sie fragt, ob der in der Vorberatung erstellte Fragenkatalog, der die aktuelle Situation und die Zukunft der VHS betreffe, von der Verwaltung schon beantwortet sei und mit auf die Tagesordnung komme. Ihr sei wichtig, dass diese entscheidenden Informationen über den laufenden Betrieb für die Beratungen vorliegen.

Herr BM Boldt gibt die Auskunft, der Fragenkatalog sei noch nicht abgearbeitet.

Herr OB Frank schlägt vor, Herr BM Boldt teile den Fraktionen schriftlich mit, was am 19.07.2012 behandelt werden könne. Daraufhin sollen die Fraktionen signalisieren, was in dieser Sitzung behandelt werden soll und was im September.

Herr StR Leipold (SPD) erklärt, er lege großen Wert darauf, dass der Punkt auf der Tagesordnung bleibe. Behandelt werden müsse 1. der GPA-Bericht, 2. die Frage, wie sich die Maßnahmen, die die VHS-Leitung ergriffen habe, auf die wirtschaftliche Situation auswirken, und 3. welche Konsequenzen sich daraus für die Zukunft ergeben. Die Behandlung sei dringend im Juli erforderlich.

Herr OB Frank sagt die Behandlung in der Sitzung des Gemeinderates im Juli zu.

Herr OB Frank schließt die öffentliche Sitzung um 17.50 Uhr. Nach einer 10-minütigen Pause findet die Fortsetzung der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses statt.

Konstanz, den 17.07.2012

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Horst Frank

Antonie Langemann

Die Stadträte

Wolfgang Müller-Fehrenbach (CDU)

Prof. Dr. Eberhard Roth (UFG)

Die Niederschrift wurde den Gemeinderäten durch Mehrfertigung am bekannt gegeben.